

DAS NEUE PARTEI-STATUTDISZIPLIN, KONTROLLE UND DIE "TRADITION" VON 1956

Oskar Weggel

Disziplin(纪律), Kontrolle(检查) und "gute Tradition"(优良传统) sind die drei Schlüsselbegriffe, die der vom XI. Parteitag am 18. August 1977 erlassenen Parteisatzung das Gepräge geben.

Während die "kulturrevolutionären" Statuten von 1969 und 1973 in den Hintergrund gedrängt werden, zeigen sich zahlreiche Rückgriffe auf das Statut von 1956, das seinerzeit unter maßgebender Mitbestimmung von Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing ausgearbeitet worden war.

Die sechs Neuformulierungen des X. Parteitages, die noch von Wang Hung-wen gerechtfertigt worden waren, wurden zwar nicht unterschlagen, sondern vielmehr dadurch entschärft, daß sie in einen neuen, "pragmatischen" Kontext hineingepackt wurden. Die "kulturrevolutionären" Formulierungen starben sozusagen einen sanften Tod und wurden auf höfliche Weise zu Grabe getragen. Technisch geschah dies dadurch, daß jede kulturrevolutionäre Formulierung durch ein Gegengewicht ausbalanciert wurde: Den Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution werden die "guten Traditionen" der Jahre 1956 ff. paritätisch zugeordnet; die "Drei-Ja-Drei-Nein"-Politik wird mit der "Kampf gegen die Strömung"-Formel dergestalt verbunden, daß unter der jetzt - negativ verstandenen - Strömung nur noch solches Verhalten verstanden wird, das gegen die "Drei-Ja-Drei-Nein"-Prinzipien verstößt. Der Parteikader des Jahres 1977 soll mit anderen Worten nicht mehr gegen das Parteiestablishment, sondern vielmehr gegen dessen Widersacher ankämpfen, vor allem gegen Disziplin-Sünder. Auch die Forderung, daß "Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats" erzogen werden sollen sowie das Postulat, daß die "Drei-Arbeitsstile" zu pflegen seien, wurden übernommen, allerdings in hautengem Zusammenhang mit Disziplin-Vorschriften.

Auch die Gewichte in der Machtverteilung sind - im Gegensatz zu den Statuten von 1969 und 1973 - wieder mehr im Sinne einer Kollektiv-Führung umgebaut worden.

Eine wichtige Rolle im neuen Parteistatut nimmt nach langer Zeit erstmals wieder die Wirtschaft ein. Eine der zentralen Aussagen bildet hier der Zwei-Stufen-Aufbau-Plan, den Chou En-lai in seiner Testamentsrede Anfang 1975 bekanntgegeben hat. Im Zusammenhang mit der weiten Verbreitung von Maos Rede über die Zehn-Beziehungen sowie mit den weittragenden Tachai- und Taching-Konferenzen ist die Einbeziehung des pragmatischen Aufbaukurses sichergestellt, daß die neue Führung künftig von allen kulturrevolutionären Experimenten absehen und für die "Theorie der Produktivkräfte" eintreten, d.h. dafür sorgen will, daß China zunächst einmal eine ausreichende wirtschaftliche Basis erhält, ehe es mit neuen Überbau-Revolutionen fortfährt.

Wichtige Unterschiede zur Satzung von 1956 ergeben sich allerdings bei der Hervorhebung der "Mao Tse-tung-Ideen" sowie bei der Behandlung der Außenpolitik, die heute nicht mehr im Zeichen der Freundschaft, sondern der Todfeindschaft mit der Sowjetunion steht.

Wie 46 Jahre Parteigeschichte beweisen, bleibt in einer chinesischen Parteisatzung nichts, aber auch gar nichts dem Zufall überlassen. Auch kleinste Nebensächlichkeiten entstammen einem genauen Kalkül und sind das Ergebnis monatelanger, ja oft jahrelanger Diskussionen und innenpolitischer Auseinandersetzungen. Man könnte geradezu behaupten, daß die eigentlichen Änderungen nicht in "großen Formulierungssprüngen", sondern in fast beiläufigen Wendungen zutage treten, über die man beim ersten Lesen meist achtlos hinweg geht. Ohne eine mikroskopische Betrachtungsweise ist also nicht auszukommen. Aus diesem Grunde kommt es nachfolgend darauf an, das beim XI. Parteitag neuerlassene Statut Absatz für Absatz durchzugehen und mit den drei Vorgängersatzungen von 1956 (VIII. Parteitag), 1969 (IX. Parteitag) und 1973 (X. Parteitag), also all jenen Statuten zu vergleichen, die seit der Gründung der Volksrepublik China im Jahre 1949 erlassen worden sind.

Le roi est mort, vive le roi: Dieser Satz könnte über jedem chinesischen Parteistatut stehen; denn eine neue Satzung hat bisher noch allemal am Grab einer abgelaufenen Entwicklungsperiode gestanden und hat zugleich auch die Epoche eines neuen Selbstverständnisses der ständig im Wandel begriffenen Partei eingeleitet.

Besonders deutlich wird dies im Zusammenhang mit dem IX.Parteitag, bei dem nach Jahren "monolithisch" erscheinender Führungsstabilität ein neues Element auftauchte, nämlich der "negative Held". Der große Revisionist des IX.Parteitags war Liu Shao-ch'i, beim X.Parteitag standen die "Verbrechen Lin Piaos" im Vordergrund, und beim XI.Parteitag wird die Verurteilung der "Viererbande" die vorrangige Rolle spielen.

Man kann sogar so weit gehen, zu behaupten, daß die bisherigen Parteitage mit Ausnahme des Kongresses von 1956 jeweils die Schlußpunkte eines Machtkampfes waren, wobei die jeweiligen Aufsteiger jedesmal auch die Opfer des nächsten Sturzes waren: Vom Sturz Liu Shao-ch'is im Jahre 1967 hatte insbesondere Lin Piao profitiert, der dann 1971 stürzte, um vor allem Chiang Ch'ing und dem jungen Wang Hung-wen Platz zu machen, unter deren politisches Schicksal auf dem bevorstehenden Parteitag der Schlußstrich gezogen werden soll.

Dieser Machtkampf findet auch in der neuen Satzung seinen Ausdruck. Um dies darzulegen, sollen nachfolgend die einzelnen Neuerungen Schicht für Schicht freigelegt werden.

Vor allem interessiert die Frage, ob die Satzung von 1977 eine Art Rückkehr zum Statut von 1956 ist. Ganz unrealistisch ist eine solche Hypothese nicht, denn immerhin war die Verfassung von 1956 ein Werk Teng Hsiao-p'ings, der ja auch 1977 wieder ein starkes Wort mitredete.

Methodisch ist eine Beschränkung auf die vier letzten Satzungen deshalb gerechtfertigt, weil hier nur der Zeitraum seit Gründung der Volksrepublik ins Auge gefaßt werden soll. Die Verfassung der KP vom 11.Juni 1945 ist nur insoweit heranzuziehen, als dies zum Verständnis der Nachfolgestatuten erforderlich ist.

Vorzugehen ist in der Reihenfolge des Statutentexts. Am Anfang steht - mit Ausnahme der Satzung des IX.Parteitags - eine Präambel, in der die vier großen Fragen der KP (Wesen, ideologische Grundlage, Organisation und Arbeitsstil) angesprochen werden (in der Satzung des IX.Parteitags wird dieser Punkt in "Kapitel I: Allgemeines Programm" abgehandelt).

Sodann folgen die Abschnitte über Parteimitglieder, "organisatorisches System der Partei", zentrale Parteiorgane, regionale und Armee-Parteiorgane, Grundorganisationen sowie - in der Satzung von 1956 - Kapitel über die Kontrollorgane der Partei, über die Beziehungen zwischen der Partei und der kommunistischen Jugendliga sowie über Parteigruppen in außerparteilichen Organisationen.

Schon äußerlich unterscheiden sich die vier Satzungen ganz erheblich voneinander: Das Statut von 1956 umfaßt 9 Kapitel, 60 Paragraphen und rd.15.000 Zeichen sowie eine eigene Präambel. Vom äußeren Bild her entspricht sie weitgehend dem Statut von 1945.

Die Verfassung des IX.Parteitags von 1969 besteht aus 6 Kapiteln, nur 12 Paragraphen und umfaßt nur etwa rd.2.700 Zeichen. Die Präambel ist bereits in Kapitel 1 inkorporiert.

Die Satzung des X.Parteitags (1973) entspricht im Aufbau, in der Länge und in der Kapitelzahl weitgehend dem Statut von 1969.

Ganz anders die neue Satzung von 1977: Hier existiert wieder eine eigene Präambel, ein Kapitelteil mit 5 Abschnitten und 19 Paragraphen. Die Zeichenzahl ist auf rd.5.500 angewachsen, also schon wesentlich wortreicher geworden, wenngleich das Volumen der Satzung von 1956 noch lange nicht erreicht ist.

Entsprechen diesen quantitativen Proportionen auch inhaltliche Änderungen?

1. In der Präambel einer chinesischen KP-Satzung werden im allgemeinen, wie bereits erwähnt, 4 Abschnitte abgehandelt, die das Wesen der Partei, die ideologische Grundlage, die Organisation und den Arbeitsstil betreffen. In dieser Reihenfolge seien nachfolgend die wichtigsten Vergleiche angestellt.

a) Das Wesen der KP

1956: "Die KP Chinas ist der organisierte Vortrupp der chinesischen Arbeiterklasse, die höchste Form Ihrer Klassenorganisation".

1969: "Die KP Chinas ist eine politische Partei des Proletariats".

1973: "Die KP Chinas ist eine politische Partei des Proletariats und die Vorhut des Proletariats".

1977: "Die KP Chinas ist eine politische Partei des Proletariats, die höchste Form seiner Klassenorganisation und eine Vorhutorganisation voller Lebenskraft, die sich aus den Fortgeschrittenen des Proletariats zusammensetzt und das Proletariat und die revolutionären Massen zum Kampf gegen die Klassenfeinde führt".

Yeh Chien-ying hatte diese Neudefinition aus einer der Änderungen angeführt. Man sei zu einer solchen Änderung genötigt gewesen, da die "Viererbande" die Partei habe durch Massenorganisationen ersetzen wollen (1). Formal vermag diese Begründung zwar nicht einzuleuchten, denn schon in der Satzung des X.Parteitags war von der KP als der "Vorhut des Proletariats" die Rede. Immerhin aber fällt auf, daß die Formulierung "höchste Form der Klassenorganisation" wieder an die Satzung von 1956 anknüpft.

b) Ideologie und politische Ziele der KP Chinas:

Während in der Satzung von 1945 (Präambel, Absatz 2) noch die "Mao Tse-tung-Ideen" als eine der tragenden Grundlagen der Parteiideologie neben den "Theorien des Marxismus-Leninismus" angeführt waren, fehlt dieser Hinweis in der Satzung von 1956. Jetzt war nurmehr der "Marxismus-Leninismus" erwähnt. Im Gegensatz dazu tauchen die Mao Tse-tung-Ideen neben dem Marxismus-Leninismus in den drei Nachfolgestatuten von 1969, 1973 und 1977 wieder voll auf. Die Verfassung von 1969 fügt sogar - in einer Art Apotheose - hinzu, daß die "Mao Tse-tung-Ideen der Marxismus-Leninismus jener Epoche sind, in welcher der Imperialismus seinem totalen Zusammenbruch und der Sozialismus seinem weltweiten Sieg entgegengeht". Anschließend folgt noch eine Eulogie auf Mao, der "den Marxismus-Leninismus auf eine völlig neue Stufe gehoben" habe, sowie auf den "Genossen Lin Piao", der "konsequent das große rote Banner der Mao Tse-tung-Ideen hochgehalten und die proletarische Linie des Genossen Mao Tse-tung am treuesten und standhaftesten befolgt und verteidigt hat". Von einer solchen Huldigung ist 1973 nicht mehr die Rede, doch ist gleichzeitig bemerkenswert, daß den "Mao Tse-tung-Ideen" keine limitierende Bemerkung hinzugefügt wird. Ganz anders 1977. Hier heißt es, die vorausgehende Bemerkung über die Mao Tse-tung-Ideen einschränkend, daß "die Partei kon-

sequent gegen den Revisionismus, gegen den Dogmatismus und Empirismus kämpft. Die Partei hält an der dialektisch-materialistischen und historisch-materialistischen Weltanschauung fest und bekämpft die idealistische und metaphysische Weltanschauung". Yeh Chien-ying bezeichnet auch diese Formulierung als Neufassung. So neu freilich ist die Formulierung nicht, denn sie war bereits in der Präambel von 1956 enthalten, wo es heißt, daß die "Partei am dialektischen und historischen Materialismus als der marxistisch-leninistischen Weltanschauung festhält und daß sie gegen die idealistische und metaphysische Weltanschauung kämpft... Deshalb... bekämpft die Partei jede dogmatische oder empirische Abweichung" (Präambel, Absatz 2, 1956).

Allen vier Satzungen ist dagegen wiederum die Verwirklichung des Sozialismus und des Kommunismus angelegen - eine Feststellung, die für eine marxistisch-leninistische Partei ohnehin selbstverständlich ist.

Unmittelbar auf die ideologische Grundaussage folgt in den Statuten sodann ein ideologischer Rückblick:

1956 wird auf die Leistungen der "Kommunistischen Partei" verwiesen, die "nach langandauernden revolutionären Kämpfen und Kriegen im Jahre 1949 die Herrschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus gestürzt und die Volksrepublik China in Gestalt der Diktatur der Volksdemokratie errichtet hat, die von der Arbeiterklasse geführt wird und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht." In der Übergangsperiode sei die Partei daran gegangen, Landwirtschaft, Handwerk und kapitalistische Industrie sowie den kapitalistischen Handel schrittweise sozialistisch umzugestalten.

1969 ist nicht mehr von Leistungen der Partei, sondern nur noch von den großen Verdiensten des Genossen Mao Tse-tung die Rede, der "seit einem halben Jahrhundert bei der Führung des großen Kampfes für die Revolution"... die allgemein gültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution verbunden habe.

1973 kommt wieder die Partei selbst zu Ehren, die durch einen "mehr als 50jährigen harten Kampf das chinesische Volk" zum Sieg in der neudemokratischen und sozialistischen Revolution sowie zum Sieg in der Kulturrevolution geführt habe.

Das Statut von 1977 geht erstaunlicherweise von seinem sonst so nüchternen Ton ab und rückt bei seinem Rückblick nicht die Partei, sondern vielmehr die Persönlichkeit Mao Tse-tungs in den Vordergrund, dessen Verdienste ausführlich gewürdigt werden, auch dies eine der von Yeh Chien-ying erwähnten Änderungen. Dieser huldigende Ton, der an das Statut von 1969 erinnert, ist selbstverständlich durch den erst wenige Monate zurückliegenden Tod des Vorsitzenden beeinflusst worden. Kein Wunder, daß das neue Statut hier am weitesten von dem 1956er Schema abweicht!

Viel ist von Mao, mit keinem Wort dagegen von Hua Kuo-feng die Rede, auch nicht von dessen "Großer Ordnung". Wang Hung-weng hatte 1973 besonders die "Große Unruhe" erwähnt. Wörtlich: "Durch große Unruhen kommt es zur Ordnung auf der Erde. Alle 7 oder 8 Jahre einmal wird sich das wieder ereignen. Die Teufel und Dämonen kommen von selbst hervor. Ihre Klassennatur bedingt, daß sie bestimmt auf den Plan treten. Die Realität des Klassenkampfes ist eine objektive Gesetzmäßigkeit" (a.a.O.31).

Im Gegensatz zur Betonung der "Großen Unord-

nung" als Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt legt die neue Führung unter Hua Kuo-feng Wert auf die "Große Ordnung". Wenn Mao Tse-tung von "Großer Unordnung" sprach, so habe er damit nur die Unordnung unter den Feinden gemeint. Diese Formulierung fehlt in der neuen Satzung.

Dem Rückblick folgt eine Einschätzung der Gegenwart sowie ein Ausblick. Während das Statut 1956 nur kurz die "gegenwärtige sozialistische Umgestaltung unseres Landes auf allen Gebieten" erwähnt, taucht im Jahre 1969 die Definition der sozialistischen Gesellschaft als einer "ziemlich langen geschichtlichen Periode" auf, die bestimmt werde durch Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe; die dabei auftauchenden Widersprüche müßten mit Hilfe der "Theorie über die Weiterführung der Revolution und der Diktatur des Proletariats" gelöst werden. Diese Formulierung bleibt auch 1973 und 1977. Sodann folgt - schon in der Satzung von 1969 - eine Definition der Großen proletarischen Kulturrevolution, die bezeichnet wird als eine "große politische Revolution, durchgeführt vom Proletariat unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen sowie - in den Satzungen von 1973 und 1977 - zur Verhütung einer Restauration des Kapitalismus und zur Konsolidierung der Diktatur des Proletariats. Revolutionen dieser Art - diese Formulierung taucht auch 1977 noch auf - "werden in Zukunft noch mehrere Male durchgeführt werden". Die Formulierung ist ein Zugeständnis, das den Bearbeitern der Satzung von 1977 sicherlich nicht leicht gefallen ist, das sich aber nun einmal verbal seit der Kulturrevolution "eingerastert" hatte.

Im Ausblick, der der Gegenwartsbewertung folgt, werden im allgemeinen vier Aufgaben angesprochen, nämlich die revolutionäre Einheitsfront, die Nationalitätenpolitik, die Außenpolitik und der Wirtschaftskurs. In den ersteren zwei Punkten werden weitgehend identische Aussagen gemacht. In Bezug auf die Außenpolitik sind die Proklamationen 1969, 1973 und 1977 insofern gleich, als der "proletarische Internationalismus" in den Vordergrund gestellt und der "Hegemonismus", vor allem der Sowjetunion, zum Hauptfeind erklärt wird - ganz im Gegensatz zu 1956, wo ja noch offizielle Freundschaft mit Moskau bestand. Kein Wort im übrigen von "Befreiung Taiwans", von "friedlicher Koexistenz" (sie gehört in den Bereich Staat-Staat-Beziehungen), von den zu verfolgenden Strategien und auch nicht - wie 1973 - von "glänzender Zukunft".

Bemerkenswert dagegen sind die Parallelen zwischen 1956 und 1977, soweit der Wirtschaftskurs angesprochen ist. 1969 und 1973 werden hier nur schwache Linien vorgezeichnet. Es gelte, die "drei großen revolutionären Bewegungen - Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experiment - zu entfalten, die Diktatur des Proletariats zu festigen und zu verstärken sowie unabhängig und selbständig im Vertrauen auf die eigene Kraft, durch harten Kampf, unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärts strebend, 'mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher' den Sozialismus aufzubauen" (1969). 1973 folgt diesem Satz der Aufruf, "Vorbereitungen auf einen Kriegsfall, Vorbereitungen auf Naturkatastrophen zu treffen und alles für das Volk zu tun". Das Statut von 1977 übernimmt beide Formulierungen, fügt ihnen aber noch das Aufbauprogramm Chou En-lais an, das dieser in seiner Testamentsrede vom Januar 1975 verkündet hatte. Wörtlich: "Die Partei... muß noch in diesem Jahrhundert unser Land zu einem

starken sozialistischen Staat mit moderner Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft/Technik aufbauen". 1956 hatte es geheißen: "Die Aufgabe der KP ist es, die Volkswirtschaft planmäßig zu entwickeln, die Industrialisierung des Landes möglichst schnell zu verwirklichen, die technische Rekonstruktion der Volkswirtschaft systematisch und schrittweise durchzuführen, damit China eine starke und moderne Industrie, eine moderne Landwirtschaft, ein modernes Verkehrs- und Transportwesen und eine moderne nationale Verteidigung erhält. Sodann wird noch gefordert, daß die "Schwerindustrie vorrangig entwickelt werden soll, allerdings unter Beachtung der richtigen Proportionen zwischen Schwer- und Leichtindustrie sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft, und daß China danach streben müsse, auf allen Gebieten "das fortgeschrittene Welt-niveau einzuholen". Die pragmatische Redeweise des Jahres 1956 wurde zwar 1977 nicht in der gleichen Ausführlichkeit wiederholt, doch hat die Verbreitung der Rede Maos über die "Zehn Beziehungen" sowie die ausführliche Diskussion bei den Tachai- und Taching-Konferenzen für so ausgiebiges "Pragmatismus"-Material gesorgt, daß die etwas allgemeinen Ausführungen in der neuen Parteisatzung ohne Schwierigkeiten durch Erkenntnisse und Erfahrungen, wie sie sich seit einigen Monaten ansammeln, ergänzt werden.

c) Prinzipielle Aussagen zur Organisation der KP: Während die Satzungen von 1969 und 1973 in der Präambel kein Wort über die organisatorischen Grundprinzipien enthalten (vom "demokratischen Zentralismus" ist erst in Art.5, Absatz 1 die Rede), ziehen die Statuten von 1956 und 1977, auch hierin einander ähnlich, die Diskussion über dieses Thema bereits vor die Klammer. Beide Satzungen erklären in aller Ausführlichkeit den "demokratischen Zentralismus" zum organisatorischen Hauptprinzip. Zwar ist viel von Initiative und Schöpferkraft der Parteimitglieder auf allen Ebenen die Rede ("Demokratie" in Form der Vielfalt von Meinungen und Aktivitäten), doch wird noch stärker der Gesichtspunkt der Disziplin ("Zentralismus" als Einheit auf allen Gebieten) betont. 1956 heißt es: "Die Partei... muß gegen jegliche Tendenz der Dezentralisierung kämpfen..., die die Einheit der Partei schwächt. Geschlossenheit und Einheit der Partei bilden die Quelle des Lebens und der Kraft der Partei. Es ist die heilige Pflicht des Parteimitglieds, unablässig über die Geschlossenheit der Partei zu wachen und ihre Einheit zu festigen. Innerhalb der Partei kann weder irgendeine Verletzung der politischen Linie und des Organisationsprinzips der Partei geduldet werden noch kann es irgendeinem Mitglied der Partei erlaubt sein, die Partei zu spalten, sich fraktionell zu betätigen, sich von der Partei zu lösen oder seine eigene Person über das Kollektiv der Partei zu stellen".

Die Wortregelung 1977: "Die ganze Partei muß strikt die Parteidisziplin einhalten, die Dezentralisierung der Partei sichern, ihre Einheit stärken sowie Spaltertum, Fraktionismus, die Forderung nach Unabhängigkeit von der Partei und Anarchismus bekämpfen". Nicht zufällig auch behandelt Yeh Chien-ying (3) in seiner Kommentar-Rede diesen Punkt mit besonderer Ausführlichkeit. Man müsse gegen Disziplinlosigkeit und Anarchismus kämpfen. Fraktionen und Fraktionstätigkeit in der KP seien "absolut unzulässig"; Disziplin sei die Garantie dafür, daß eine Linie befolgt wird. Ohne Disziplin sei es der Partei unmöglich, die Massen und die Armee zu siegreichem Kampfe anzuleiten. Wer die eiserne Disziplin der

Partei des Proletariats auch nur im geringsten schwächt, der helfe faktisch der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Die ganze Partei müsse dazu angehalten werden, das Lied "Die drei Hauptregeln der Disziplin und die acht Punkte zur Beachtung" zu singen.

Um den Worten auch Taten folgen zu lassen, führte das neue Statut die sog. "Disziplinkontrollkommissionen" (纪律检查委员会) ein, und zwar auf allen Ebenen. Aufgabe dieser Komitees ist es, die Erziehung der Parteimitglieder in der Disziplin zu verstärken und zu überprüfen, wie die Parteimitglieder und Kader der Disziplin nachkommen, und jeden Disziplinbruch zu bekämpfen.

Diese Regelung knüpft an das Kapitel VII der Parteisatzung von 1956 an, das in insgesamt drei Artikeln (Artikel 52-54) ausführliche Vorschriften über "Kontrollkommissionen" ( ) auf allen Ebenen enthielt. Wie 1977 heißt es auch 1956, daß die Kontrollkommissionen von den Parteikomitees der entsprechenden Ebenen gewählt werden. Nach der Bestimmung von 1956 müssen sie außerdem noch von dem jeweils nächsthöheren Komitee bestätigt werden. Diese Bestimmung ist so selbstverständlich, - weil durch lange Praxis eingerastert, - daß sie 1977 erst gar nicht erwähnt werden mußte. Identisch sind auch die Aufgabenstellungen: Die Kommissionen haben nach der Bestimmung von 1956 "ständig Verfahren gegen Parteimitglieder zu prüfen und zu erledigen, die einer Verletzung des Parteistatuts, der Parteidisziplin oder der kommunistischen Moral sowie der Gesetze und Verordnungen des Staates beschuldigt werden; sie bestätigen Disziplinarmaßnahmen gegen Mitglieder oder heben sie auf; sie nehmen Klagen und Beschwerden von Parteimitgliedern entgegen" (Art.53). In Art.55 heißt es dann noch, daß die höheren Kontrollkommissionen das Recht haben, die Arbeit der ihnen untergeordneten Kontrollkommissionen zu überprüfen und notfalls abzuändern, während die untergeordneten Kontrollkommissionen verpflichtet sind, den übergeordneten Instanzen laufend Bericht zu erstatten. Die Verfasser der Satzung von 1977 hielten eine so ausführliche Regelung offensichtlich für überflüssig, weil die Pflicht zu enger Zusammenarbeit zwischen über- und untergeordneten Parteiinstanzen ohnehin fest etabliert und überdies durch das Prinzip des demokratischen Zentralismus abgesichert ist (Näheres Art.13).

Trotz der Abweichungen im Wortlaut und der eingehenderen Regelung im Jahre 1956 ist aber der Geist, der aus beiden Statuten spricht, so ähnlich, - und hebt sich so deutlich von den Satzungen der Jahre 1969 und 1973 ab, - daß ohne Einschränkung von einer Wiederanknüpfung an die Tradition des Jahres 1956 die Rede sein darf.

d) Zum Arbeitsstil der Partei

Die Satzung von 1956 betont in der Präambel besonders die Notwendigkeit der "Kritik und Selbstkritik", da, wie es wörtlich heißt, "keine politische Partei und kein Mensch in ihrer Arbeit völlig frei von jeglichen Mängeln und Fehlern sind". Wer Fehler gemacht habe, solle nach der Richtlinie "die Krankheit heilen, um die Menschen zu retten" behandelt werden.

Im Gegensatz zu dieser von menschlichem Verständnis getragenen Regelung enthält die Lin Piao-Verfassung von 1969 kein Wort zum Arbeitsstil.

Die Verfasser der Satzung von 1973 haben diese Enthaltensamkeit offensichtlich für falsch gehalten und gerade zur Frage des Arbeitsstils ausführliche Bestimmungen getroffen: Es gelte, "gegen die Strömung

anzukämpfen", "die drei Ja und drei Nein" zu verwirklichen (den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren, sich zusammenschließen und nicht Spalttätigkeit betreiben, offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörung und Ränken befassen), die "Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die Widersprüche im Volk richtig voneinander zu unterscheiden und zu behandeln", die "drei Arbeitsstile" zu entwickeln (Verbindung von Theorie und Praxis, Verbindung von Kadern und Massen, Kritik und Selbstkritik) und "Millionen von Fortsetzern der revolutionären Masse des Proletariats heranzubilden".

Das Statut von 1977 hat diese Formulierungen übernommen, sie allerdings jeweils "im Stil der neuen Zeit" modifiziert.

Die Formulierung "gegen die Strömung anzukämpfen" war von den Kulturrevolutionären aus Schanghai zunächst durchaus im Sinne eines Kampfes gegen die Chou En-lai- und Teng Hsiao-p'ing-Linie gedacht. Die Verfasser der Satzung von 1977 standen also vor der heiklen Frage, ob sie die Formulierung übernehmen oder nicht doch besser weglassen sollten. Sie entschieden sich für eine Zwischenlösung, indem sie zuerst wortwörtlich die "drei Ja, drei Nein"-Formulierung übernehmen und dann sofort den Satz anschlossen: "Sie (gemeint sind die Genossen der Partei) müssen wagen, mit revolutionärem Mut gegen jede Strömung, die diesen drei Grundprinzipien zuwiderläuft, anzukämpfen".

Jedes Parteimitglied, das sich einigermaßen gründlich mit den Ereignissen seit Oktober 1976 befaßt hat - und es gibt wohl keinen einzigen Parteigenossen, der die "Viererbande" nicht selbst gründlich kritisiert hat - muß wissen, daß die "Anti-strömungs"-Formel damit einen völlig neuen Gehalt bekommen hat: Nunmehr gilt es nicht mehr, gegen jene Strömung zu kämpfen, die heute in Peking offizielle Politik ist, sondern vielmehr gegen die Strömung feindlicher Auffassungen, die der heutigen offiziellen Politik entgegenstehen.

Auch die Formulierung von "Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats" wurde übernommen - allerdings auch hier mit einer neuen Wendung. Die Formel findet sich nämlich sorgfältig eingebettet zwischen Ausführungen, die sich gegen Günstlingswirtschaft sowie gegen "Karrieristen, Verschwörer und Doppelzüngler" aussprechen.

Auch im Zusammenhang mit den "drei Arbeitsstilen" konnten es sich die Verfasser der Satzung von 1977 nicht verkneifen, Hiebe gegen die "Viererbande" auszuteilen. Die Partei muß nämlich "verhindern, daß Parteimitglieder, insbesondere führende Parteifunktionäre, unter Mißbrauch ihrer Position und Rechte nach Privilegien trachten und entschlossen die bürgerliche Ideologie und den bürgerlichen Arbeitsstil bekämpfen". Diese für ein KP-Mitglied eigentlich selbstverständliche Formulierung ist nur aus dem Kontext der letzten Monate zu verstehen. Gerade den Mitgliedern der "Viererbande" wurde ja ein besonders verwerflicher "kleinbürgerlicher" Lebensstil nachgesagt - gar nicht zu reden von ihrer "Günstlingswirtschaft".

Trotz abweichender Formulierungen kann man auch in puncto Arbeitsstil engere Parallelen zwischen 1977 und 1956 als zwischen 1977 und 1969/1973 feststellen. 1956 und 1977 liegt der Akzent stärker auf der "Bescheidenheit und Umsicht" sowie auf der Unterordnung der persönlichen Interessen. Nicht mehr der "Kämpfer gegen die Strömung", sondern der kritik- und selbstkritikübende Parteigenosse sind das

Leitbild. Die Disziplin hat wieder ihren alten Stellenwert erhalten.

2. Die "Kapitel"-Bestimmungen

aa) Bestimmungen über die Parteimitgliedschaft

a) Zulassungsvoraussetzungen

1956: Jeder chinesische Werktätige, der nicht ausbeutet, Parteidisziplin übt und Mitgliedsbeiträge zahlt (Art.1)

1969: Jeder chinesische Werktätige, der das 18.Lebensjahr vollendet hat, der Parteidisziplin übt und die Mitgliedsbeiträge zahlt (Art.1)

1973: Wie 1969

1977: Wie 1969

Und die Praxis? Die soziale Zusammensetzung der KPCh war, was bei ihrer dörflichen Tradition nicht weiter wunder nimmt, noch bis in die 60er Jahre hinein überwiegend bäuerlich. 1956 z.B. kamen nicht weniger als 66,8% der Parteimitglieder aus dem bäuerlichen, 13,7% aus dem Arbeiter- und 14,8% aus dem intellektuellen Bereich.

Mangels statistischer Unterlagen läßt sich die heutige Struktur nicht direkt, wohl aber auf dem Umwege über Angaben ermitteln, wie sie für die Zusammensetzung der 1249 Parteitagdelegierten des X.Parteikongresses angegeben wurden. Diese Angaben waren jedoch insofern unsauber, als sie nicht mehr zwischen Arbeitern, Bauern, Soldaten, Intellektuellen etc. trennten, sondern für "Arbeiter, Bauern und Soldaten" pauschal 67% angaben. 20% der Delegierten seien ferner Frauen gewesen (4).

Ähnlich 1977: 72,4% "Arbeiter, Bauern, Soldaten und andere Werktätige"; 73,8% "Mittelalttrige und Jugendliche", 20,9% "revolutionäre Kader", 19% Frauen, 9,3% Parteimitglieder aus nationalen Minderheiten (5).

Warum diese Verwischung der Unterschiede? Will man mit einer solchen Pauschalstatistik etwa den immer noch zu geringen Anteil der "Arbeiter" überdecken? Könnte man hier also von einer Art "Feigenblattstatistik" sprechen?

b) Pflichten der Mitglieder:

1956: Zehn genau geregelte Pflichten, besonders Studium des Marxismus-Leninismus, Parteidisziplin, Dienst gegenüber den Volksmassen, Modellhaftigkeit, Pflicht zu Kritik und Selbstkritik

1969: Fünf Pflichten, u.a. zum Studium der Mao Tse-tung-Ideen, zum Einsatz für die Interessen der Menschen in China und der Welt, zur Massenlinie, zu Kritik und Selbstkritik sowie zum Kampf gegen die "Halunken" in Partei und Staat (Art.3)

1973: Ebenso wie 1969

1977: Acht Kriterien, die im wesentlichen identisch sind mit den zehn Pflichten des Jahres 1956

c) Rechte der Parteimitglieder

1956: Sieben genau erläuterte Rechte (Art.3) (u.a. Recht zur Diskussion, zur vollen Initiative, zur Wahl, zur Kritik, zur Anwesenheit bei Disziplinarverfahren, zu abweichender Stellungnahme bei Beschlußfassungen, zur Petition)

1969: Keine "Rechte" erwähnt!

1973: Ebenso wie 1969

1977: Wie 1969 und 1973!

d) Aufnahmeverfahren:

1956: Ein Probejahr; genau geregeltes Verfahren; Parteiorganisation entscheidet über Aufnahme (Art.4-9)

1969: Keine formelle Probezeit; Aufnahmeverfahren lückenhaft geregelt. Die "Massen" sind innerhalb und außerhalb der Partei anzuhören (Art.2)

1973: Wie 1969

1977: Ein Probejahr; genaues Aufnahmeverfahren (wie 1956: Empfehlung durch zwei ordentliche Parteimitglieder nötig); Rechte des Kandidaten wie 1956: Er hat die gleichen Rechte und Pflichten wie ein volles Parteimitglied, nur nicht das Recht zu wählen, gewählt zu werden oder an Abstimmungen teilzunehmen (Art.3,4)

Die Bestimmungen von 1956 und 1977 sind hier also weitgehend identisch, während 1969/73 weniger eingehende und weitaus "revolutionärere" Aufnahmemethoden vorgesehen waren.

e) Beendigung der Mitgliedschaft

1956: Gegen disziplinarische Maßnahmen besteht Verteidigungsmöglichkeit; relative Sicherheit wegen verhältnismäßig genauer tatbestandsmäßiger Umschreibung der Beendigungsgründe (Art.11-18)

1969: "Völlige Indifferenz und Energielosigkeit" genügen materiellrechtlich, um den Tatbestand eines disziplinarischen Vergehens zu erfüllen; Verteidigungsmöglichkeiten sind erwähnt; "Hinaussäuberung" von "Renegaten, Geheimagenten, absolut Besserungswilligen, den kapitalistischen Weg gehenden Machthabern, entarteten Elementen und klassenfremden Elementen" wird als Möglichkeit erwähnt (Art.4)

1973: Wie 1969

1977: Wie 1956 wird ein Katalog von disziplinarischen Maßnahmen (Verwarnung, strenge Verwarnung, Entzug der Parteifunktionen, Versetzung in Bewährungszustand, Parteiausschluß) aufgeführt, eine Bewährungsfrist von zwei Jahren verordnet, in deren Verlauf das Mitglied nur den rechtlichen Status eines Kandidaten hat und die Möglichkeit einer Wiederherstellung (Art.4, 1977, Art.13, 1956). Auch das Verfahren bei der Verhängung einer Disziplinarmaßnahme ist im Verhältnis zwischen Grundorganisationen, Parteiausschüssen und nächsthöheren Parteikomitees genau geregelt (Art.6, 1977, Art.14, 15, 16, 1956)

Auch hier also enge Parallelen zwischen 1956 und 1977!

bb) Das organisatorische System der Partei

Die unterschiedlichen Proportionen zwischen den einzelnen Statuten fallen hier besonders ins Auge. Das Statut 1956 enthält zu diesem Abschnitt nicht weniger als 12 Artikel (Art.19-30), 1969 sind es nurmehr drei (Art.5-7), ebenso 1973. 1969 wächst die Zahl auf sieben Artikel an (Art.8-14).

a) Das organisatorische Grundprinzip, nämlich der "demokratische Zentralismus", ist in Art.19 von 1956 noch in nicht weniger als sechs Abschnitten bis in die Details hinein geregelt. 1969 taucht hier jene berühmt gewordene Kurzformulierung auf, die auch 1973 und 1977 taucht wurde: "Unterordnung des Einzelnen unter die Organisation, Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, Unterordnung der unteren Ebenen unter die höheren, Unterordnung der gesamten Partei unter das ZK". Aus Gründen der Prägnanz - und Eleganz der Formulierung! - haben die Schöpfer des Satzungsentwurfs von 1977 offensichtlich vom Rückgriff auf die Formulierung des Jahres 1956 abgesehen.

b) "Pfropf-Stellen" für die Parteiorganisationen Art.20/1956 bringt hier in schöner Ausführlichkeit noch einige Grundprinzipien ein: Die Parteiorganisationen seien nach dem "Gebiets- und Produktionsprinzip" aufgebaut. Das Territorialprinzip gelte für ganze Gebiete (Gesamtstaat, Provinzen, Kreise etc.), das Produktions- (besser Funktional-) prinzip dagegen für die verschiedenen Einheiten (Art.20/1956), seien es nun Fabriken, Schulen, Verwaltungseinheiten oder Armeegliederungen.

Auf diese prinzipielle Darlegung verzichten die nachfolgenden Satzungen von 1969, 1973 und 1977. Alle vier Statuten gehen jedoch wiederum davon aus, daß jede Ebene ihr höchstes Parteiorgan etablieren muß, angefangen vom gesamtstaatlichen Parteitag über die provinziellen und Kreis- bis hin zu den Grundeinheits-Parteitag, die während der tagungsfreien Zeit jeweils von Komitees vertreten werden.

c) Arbeitsstil

Nach dem Statut von 1956 (Art.20, Ziffer 5) arbeiten die Parteiorganisationen "aller Ebenen nach dem Prinzip der kollektiven Leitung, verbunden mit persönlicher Verantwortung; alle wichtigen Fragen werden kollektiv entschieden, wobei die Rolle der Persönlichkeit vollauf zur Geltung kommt".

Kollektivität und revolutionäre Gesinnung sind in der betreffenden Bestimmung des Statuts von 1969 (Art.7) wesentlich stärker ausgeprägt. Dort heißt es: "Die Parteikomitees aller Ebenen errichten nach dem Prinzip der einheitlichen Führung, der engsten Verbundenheit mit den Massen sowie der Vereinfachung und Leistungsfähigkeit ihre Arbeitsorgane oder entsenden ihre Vertretungsorgane". Weiterhin heißt es in Art.5, Absatz 3, daß die leitenden Parteiorgane aller Ebenen nicht nur regelmäßig ihren Parteitag zu berichten, sondern ständig den Meinungen der Massen innerhalb und außerhalb der Partei Gehör zu schenken und sich unter ihre Kontrolle zu stellen hätten. Die Parteimitglieder seien berechtigt, Kritik an den Organisationen sowie an den Kadern aller Ebenen zu üben. Sei ein Mitglied abweichender Meinung, so stehe ihm das Recht zu, sich direkt an jedes höhere Organ bis hinauf zum ZK und den Vorsitzenden des ZK zu wenden. Es wird hier also m.a.W. ein regelrechtes Petitionsrecht festgeschrieben.

Dieselbe Bestimmung findet sich auch in Art.5 von 1973. Dort heißt es, ergänzend zum Petitionsrecht, daß es "absolut unzulässig ist, Kritik zu ersticken und Repressalien zu ergreifen".

Die Satzung von 1977 übernimmt sowohl die Formulierungen der Satzung von 1956 als auch die der Statuten von 1969/73. Einerseits heißt es in Art.11, daß die Parteikomitees aller Ebenen "nach dem Prinzip der kollektiven Leitung, verbunden mit persönlicher Verantwortung und der Arbeitsteilung arbeiten. Sie müssen sich auf die politische Erfahrung und auf die Weisheit des Kollektivs stützen; alle wichtigen Fragen werden kollektiv entschieden, wobei zugleich die Rolle der Persönlichkeit vollauf zur Geltung kommt".

Das Prinzip der persönlichen Verantwortung wird neben der grundsätzlichen Kollektivität des Entscheidungsprozesses also wieder deutlich herausgestrichen. Ähnliche Anklänge haben 1969 und 1973 gefehlt!

Durchaus im Einklang mit 1969/73 aber stehen die Hinweise auf "engste Verbundenheit mit den Massen" sowie auf die Verwaltungsvereinfachung.

Erhalten geblieben ist das Petitionsrecht bis hinauf zum ZK. Zwei Einschränkungen allerdings fügen sich hier gleichsam nahtlos an, nämlich einerseits der Hinweis in Art.12, Absatz 3, daß das Mitglied, auch wenn es in seiner Meinung von dem Parteibeschluss abweicht, trotzdem "entschlossen nach diesen Beschlüssen und Weisungen handeln muß". Obendrein kommt dann gleich in Art.13 die oben bereits erwähnte Bestimmung über die "Disziplinungskommissionen", deren vornehmste Aufgabe darin besteht, "jeden Disziplinbruch zu bekämpfen".

Mit diesem Disziplingebot wendet sich das Statut

von 1977 wieder zurück zum Jahre 1956, wo nicht nur ebenfalls eigene Kontrollorgane der Partei festgesetzt sind (Art.52-54), sondern wo der strikte Gehorsam gegenüber Parteibeschlüssen trotz abweichender individueller Meinung verordnet wird (Art.26): "Hat ein leitendes Parteiorgan einen Beschluß gefaßt, so haben sich die untergeordneten Parteiorganisationen ihm unterzuordnen. Ist eine untergeordnete Parteiorganisation der Ansicht, daß Beschlüsse eines höheren Parteiorgans den konkreten Verhältnissen in ihrem Gebiet oder in ihrem Arbeitsabschnitt nicht entsprechen, so soll sie von der übergeordneten Leitung eine Änderung ihres Beschlusses fordern. Besteht das übergeordnete Parteiorgan jedoch auf der Durchführung seines ursprünglichen Beschlusses, so ist er von der untergeordneten Parteiorganisation bedingungslos durchzuführen".

Dies war eine der Bestimmungen, die dem "Revisionisten" Liu Shao-ch'i den Vorwurf eingetragen hat, er vertrete eine "Theorie vom willigen Werkzeug".

Auch die Forderung nach höherer Parteidisziplin ruft also Assoziationen zur Satzung von 1956 hervor!

Sie ist aber auch ein Gebot der Stunde; denn nur selten in ihrer Geschichte hatte die KP ein so hochgradiges Konsolidierungsbedürfnis wie im Jahre 1977. Der Sturz der "Viererbande" hat zu einem personellen Aderlaß, vor allem innerhalb des linken Flügels der Partei geführt. Zum Teil ist die neue Führung immer noch dabei, sich der einstigen "Unruhestifter" notfalls sogar im Wege der physischen Exekution zu entledigen, wie die Mitte des Jahres 1977 regelmäßig einlaufenden Meldungen von Hinrichtungen im ganzen Staatsgebiet zeigen.

Was angesichts dieses Negativergebnisses allerdings meist übersehen wird, ist die Tatsache, daß die Partei gleichzeitig einen fast atemberaubenden Mitgliederzugang aufzuweisen hat, der die Verluste bei weitem wieder wettmacht.

In welcher Weise die Partei seit ihrer Gründung gewachsen ist, sei anhand der Mitgliederzahlen verdeutlicht, die bei den seit der Parteigründung abgehaltenen 10 Kongressen vertreten waren:

1. Parteitag (1921): 57 Mitglieder
2. Parteitag (1922): 123 Mitglieder
3. Parteitag (1923): 300 Mitglieder
4. Parteitag (1925) und
5. Parteitag (1925): 950 Mitglieder
6. Parteitag (1928): 40.000 Mitglieder
7. Parteitag (1945): 1.210.000 Mitglieder
8. Parteitag (1956): 10.210.000 Mitglieder
9. Parteitag (1969): 25.000.000 (?)
10. Parteitag (1973): 28.000.000 Mitglieder (6)

Beim 11. Parteitag (1977) belief sich die Mitgliedschaft auf 35.000.000 Mitglieder (7), also eine Zahl, die die Einwohnerschaft der meisten sozialistischen Staaten bei weitem übertrifft. Damit ist die KPCh heute die mit Abstand personenstärkste Partei der Welt. Seit 1949 ist sie außerdem um jährlich durchschnittlich eine Million Menschen gewachsen. Kein Wunder, daß ein solcher Mammutapparat keineswegs immer homogen war, sondern vielmehr stets in der Gefahr schwebte, von auseinanderstrebenden Fraktionen zerrissen zu werden.

Der 11. Parteitag ist deshalb nicht zuletzt ein Kongreß der notwendigen Konsolidierung und der Ausgangspunkt für neue Aufrufe zur Disziplin.

#### d) Wahlen

1956 werden noch typische Wahlen mit Stimmzettel, in geheimer Abstimmung und nach Wahllisten durchgeführt.

Diese "Wahlgläubigkeit" kam während der Kulturrevolution in Verruf. 1969 war unter diesen Umständen nur noch von "demokratischen Konsultationen" (Art.5, Absatz 2) die Rede. Stimmzettel, Geheimnisprinzip und Listenprinzip werden mit keinem Wort erwähnt. Ohne Definition blieb auch der Begriff "demokratische Konsultation". Wie die Praxis der Kulturrevolution zeigte, verstand man darunter einen Vorgang, bei dem Einzelpersonen, die sich in den "Stürmen des Klassenkampfes bewährt hatten", in freier Diskussion und ohne langwierigen Aufnahmeprozess auf Parteiposten berufen wurden.

1973 kam eine Neuerung hinzu, nämlich Art.5, Absatz 2. Danach mußten die leitenden Parteiorgane aller Ebenen "gemäß den Voraussetzungen für die Fortsetzung der revolutionären Sache des Proletariats und in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren durch demokratische Konsultationen gewählt werden".

Die Wahlpraxis wird vor allem bei der Abhaltung von Parteitag sichtbar. Ein Parteitag, dessen Sinn es ja ist, personelle und sachliche Entwicklungen von der Basis her abzusegnen und gleichzeitig die Präliminarien für neue Entwicklungen zu bestätigen, kann, wie ein Rückblick auf die Geschichte der seit 1949 abgehaltenen vier Parteikongresse zeigt, erst stattfinden, wenn unter den Delegierten völliger Konsens und Gleichklang hergestellt ist. Dies dauert seine Zeit; gilt es doch nicht nur, die "Widersprüche im Volk" (hier zwischen den Delegierten) durch einen Überzeugungsfeldzug zu lösen, sondern gleichzeitig auch die "Widersprüche zwischen uns und unseren Feinden" aus der Welt zu schaffen, d.h. also, widerstrebende Elemente auszuschalten. Zur Lösung dieses "antagonistischen Widerspruchs" fanden seit Anfang 1977 umfangreiche Säuberungsaktionen statt, die einen erheblichen Teil des Kaderpersonals in der Zentrale, in den Provinzen und an der Basis betrafen. Anfang Mai 1977 zeigte sich, daß wahrscheinlich 10% der Ersten Parteisekretäre in den Provinzen, 18% der Minister, 22% der Stellvertretenden Minister, 22% der ZK-Mitglieder, 27% der kandidierenden ZK-Mitglieder und 37% der Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, m.a.W. also insgesamt ein Fünftel der Führungskader "der Vierergruppe in den Untergang gefolgt" ist (8). An der Basis selbst wurden die Säuberungen sogar im Wege der physischen Exekution durchgeführt. Diese Säuberungen sind integrierter Bestandteil der "Wahl" von Abgeordneten.

Darüberhinaus galt es, in den Provinzen und Kreisen "durch breite Entfaltung der Demokratie, durch wiederholte Beratung und Konsultationen über die Kandidatur der Delegierten, ferner durch Berücksichtigung der Meinung der Massen innerhalb und außerhalb der Partei" die Delegierten für den Parteitag zu wählen (9). 1973 wurden auf diesem Wege 1249 Delegierte ausgesucht. 1977 waren es gar 1510 Abgeordnete.

Nach Art. 9 des Parteistatuts 1977 sind die Delegierten nach dem Prinzip der "Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren" durchzuführen. Was darunter zu verstehen ist, geht aus dem Pressecommuniqué des X.Parteitags von 1973 hervor (10). Mit Mitgliedern der "älteren Generation" sind solche Personen gemeint, die "in der ersten Etappe nach Gründung der Partei den Ersten und Zweiten Revolutionären Bürgerkrieg mitgemacht haben". Personen mittleren Alters sind solche "Leitende

Funktionäre" an verschiedenen Fronten, die sich im Feuer des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression, des Befreiungskrieges (gemeint ist: des Kampfes gegen die Kuomintang, Der Verfasser) und des Kriegs zum Widerstand gegen die USA-Aggressoren und zur Hilfeleistung für Korea bewährt haben; hervorragende Kämpfer ferner in den drei großen revolutionären Bewegungen - Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren - und im Kampf gegen den Imperialismus, den Revisionismus und gegen die Reaktionen aller Länder in der Periode der Sozialistischen Revolution" (zeitlich ausgedrückt handelt es sich also um solche Mitglieder, die der Partei in den Jahren zwischen 1937 und 1945 beigetreten sind). "Junge Genossen" sind schließlich solche Delegierte, die "erst seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution in die Partei eingetreten sind".

Art.9 der Satzung von 1977 versucht einen Kompromiß zwischen 1956 und 1969/73: Aus dem Jahre 1956 stammt die Formulierung, daß "in geheimer Abstimmung" zu wählen sei. Den Statuten von 1969 und 1973 dagegen ist die Formulierung "demokratische Konsultation" entnommen. Die "Dreierverbindungs"-Formel wird ebenfalls aufgenommen, allerdings mit der Einschränkung, daß zusätzlich die "Fünf Anforderungen für Fortsetzer der revolutionären Sache des Proletariats" zu beachten seien.

Die während der Kulturrevolution so häufig zitierten "Fünf Anforderungen" finden sich in den Artikeln 12 der Statuten von 1969 und 1973. Merkwürdigerweise sind sie dagegen nicht als solche - d.h. als die Fünf Anforderungen - in die Satzung von 1977 aufgenommen. Dort tauchen sie vielmehr als die fünf ersten jener acht Kriterien auf, die gemäß Art.2 ein Mitglied der chinesischen KP aufweisen muß. Offensichtlich hat man die Fünf-Kriterien-Klausel im Hinblick auf den Mißbrauch eingeschaltet, den die "Viererbande" bei Ausübung der "demokratischen Konsultation" geübt hatte.

#### e) Großgliederungen

In Art.29 der Satzung von 1956 heißt es, daß die Partei nötigenfalls "Zentralbüros als vertretende Organe einsetzen kann, von denen jedes die Leitung über mehrere Provinzen, autonome Gebiete oder regierungsunmittelbare Städte innehat".

Dies war die Rechtsgrundlage für die Errichtung der sechs Regionalbüros, die als eine Art Mini-ZKs bis zum Beginn der Kulturrevolution fungierten, die wegen ihrer zunehmenden Machtfülle dann freilich als "kleine Königreiche" kritisiert und als solche aufgelöst wurden.

Im Jahre 1977 wurden diese Regionalbüros zwar noch nicht wiedererrichtet, wohl aber hat die Führung sich in ihren wichtigen Erklärungen ganz für die eigenständige Entwicklung der "6 großen Gebiete Nordost-, Nord-, Ost-, Zentral-, Süd-, Südwest- und Nordwest-Chinas" ausgesprochen, so z.B. in der fundamentalen Grundsatzrede des stellvertretenden Ministerpräsidenten des Staatsrats, Yü Chiu-li, auf der Taching-Konferenz am 4.Mai 1977 (11) und in einem weiteren Grundsatzdokument der Staatlichen Plankommission, das aus Anlaß des 1.Todestages Maos am 12.September in der Pekinger Volkszeitung erschien und in dem "das große Leitprinzip für den sozialistischen Aufbau" nochmals in aller Systematik und Ausführlichkeit dargelegt wurde (12).

Von hier bis zur Errichtung der Regionalbüros ist es nur noch ein kleiner Schritt. Zwischen den Zeilen sind diese Büros praktisch im neuen Statut schon

mitenthalten.

Materiellrechtlich sind also auch hier die Zustände von 1956 und 1977 identisch. Sie heben sich in diesem Punkt von den Regelungen der Jahre 1969 und 1973 ab, die ideologisch von einer - anti-liuistisch getragenen - Aversion gegen die 6 regionalen Großgliederungen bestimmt waren.

cc) Die zentralen Organisationen der Partei  
Zu vermerken ist hier ein quantitativer Schrumpfungsprozeß der Einzelbestimmungen. Die Satzung von 1956 enthält zu diesem Thema noch sieben Artikel; 1969, 1973 und 1977 dagegen sind es nurmehr zwei Artikel.

a) Der Nationale Parteikongreß (oder Parteitag)  
Nach dem Statut von 1956 ist der Parteitag das höchste Organ der Partei und muß alle fünf Jahre neu gewählt werden (Art.19, 31, Absatz 1). Jedes Jahr hat er einmal zusammenzutreten (Art.31, Absatz 3).

Auch nach den Satzungen von 1969, 1973 und 1977 ist der Parteitag das höchste Führungsorgan der Partei (Art.6/1969 und 1973, Art.10/1977). Grundsätzlich sollte er zwar alle fünf Jahre neu gewählt werden, doch ist diese Periode nicht bindend. Er braucht auch nicht jedes Jahr zusammenzutreten. Diese Neuregelung, die auch 1977 beibehalten wurde, war nichts anderes als eine Legalisierung der herrschenden Praxis. Zwischen 1956 und 1969 waren beispielsweise 13 Jahre vergangen - ein dem Art.31/1956 ganz und gar widersprechender Verzögerungstatbestand!

Im Gegensatz zur Satzung von 1956 sind in den Nachfolgestatuten auch die Aufgaben und Befugnisse (Entgegennahme und Prüfung der Rechenschaftsberichte des ZK, Festlegung der Richtlinien und der Politik der Partei, Abänderung des Parteistatuts, Wahl des ZK) nicht mehr einzeln aufgezählt. Doch sind diese Aufgaben so selbstverständlich, daß man auf eine präzisere Regelung wohl glaubte, verzichten zu dürfen.

#### b) Das Zentralkomitee

Hinsichtlich des ZK stimmen alle vier Satzungen darin überein, daß es das höchste Führungsorgan der Partei zwischen den Parteitagungen ist (Art.34/1956, Art.6/1969 und 1973 und Art.10/1977).

Differenzen ergeben sich hingegen in der Frage der Tagungsfrequenzen. Nach Art.36/1956 tritt das ZK-Plenum zweimal jährlich zusammen. In den Nachfolgestatuten findet sich keine entsprechende Regelung. Auch hier ist also die Flexibilität Trumpf! Die Folge dieser "großzügigen" Regelung ist eine Stärkung des Politbüros, das - zusammen mit seinem Ständigen Ausschuß - zwischen den Plenartagungen des ZK dessen Funktionen und Befugnisse ausübt (Art.37/II/1956, Art.9/III/1969 und 1973 und Art.16/III/1977).

Die Parteitagsgeschichte zeigt keinerlei Kontinuität in der Frage der Intervalle zwischen den einzelnen Kongressen: Die ersten 6 Parteikongresse tagten noch fast im Jahresabstand (1921, 1922, 1923, zweimal im Jahre 1925 und 1928). Die Kongresse II bis V fanden hierbei in der friedlichen Periode der Zusammenarbeit mit der Kuomintang statt, nach dem vernichtenden Schlag des rechten KMT-Flügels gegen die Kommunisten im Jahre 1927 schloß sich noch ein hastiger Parteitag im Jahre 1928 an, der bezeichnenderweise außerhalb des Landes, in Moskau, unter Aufsicht der Komintern stattfand. Die Parteizentrale, die bei diesem Kongreß vertreten war, war zu diesem Zeitpunkt bereits von der ländlichen Bewegung Mao Tse-tungs ausgestochen worden, die sich im



Kiangsi-Sowjet etablierte.

Nunmehr folgte eine Ewigkeit von 17 Jahren, ehe im Jahre 1945 der VII.Parteikongreß in Yen-an tagte. In diese lange Periode fiel das Ende der Sowjetrepublik von Kiangsi, der Lange Marsch und die Zeit des Widerstandskriegs gegen Japan.

Der VII.Parteitag wählte jenes ZK, unter dessen Führung während der nächsten vier Jahre ganz China erobert wurde.

Abermals vergingen 11 Jahre, ehe, sieben Jahre nach dem Sieg, im September 1956 der VIII.Parteitag zusammentrat, der ganz im Zeichen der gerade abgeschlossenen drei sozialistischen Änderungen (Industrie, Landwirtschaft, Handel) stand.

Die 13 Jahre bis zum nächsten, dem IX.Parteitag, im Jahre 1969 umfaßten die Zeit der großen Auseinandersetzungen um die richtige Linie für den Aufbau Chinas. Das Experiment der Hundert-Blumen-Bewegung, des Großen Sprungs, des Aufbaus von Volkskommunen auf dem Land, der Simultan-Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, Groß- und Kleinindustrie sowie die Kulturrevolution, die zur einstweiligen Ausschaltung der im Linienkampf unterlegenen Gruppe um Liu Shao-ch'i führte, fielen in diesen wohl entscheidendsten Zeitraum der Geschichte seit 1949.

Vier Jahre später schon, nach einer angesichts des bisherigen Verlaufs also ganz ungewöhnlich kurzen Zeit, fand im September 1973 der X.Parteitag statt, der infolge des Sturzes der bis dahin maßgebenden Lin Piao-Gruppe erforderlich geworden war.

Was die Unterorgane des ZK anbelangt, so waren sie 1956 noch wesentlich vielgliedriger geregelt als in den Nachfolgestatuten. Nicht weniger als sieben Institutionen waren damals vorgesehen, nämlich ein Politbüro, ein Ständiger Ausschuss des Politbüros, ein Sekretariat, ein Generalsekretär (Art.37/I), ein Vorsitzender des ZK, einige stellvertretende Vorsitzende und ein Ehrenvorsitzender (Art.37/V). Der letztere Posten war für Mao Tse-tung als eine Art "Alterssitz" eingerichtet worden, auf den man den "Vorsitzenden" in ehrenvoller Weise "abschieben" wollte.

Die Nachfolgestatuten sehen nunmehr vier solcher Organe vor, nämlich das Politbüro, den Ständigen Ausschuss des Politbüros, den Vorsitzenden des ZK und die stellvertretenden Vorsitzenden des ZK (Art.9/I/1969 und 1973, Art.16/1977). Weggefallen sind das ZK-Sekretariat, der Generalsekretär des ZK und der Ehrenvorsitzende!

c) Organe für die Erledigung der "laufenden Arbeit der Partei"

Gemäß dem Statut von 1956 hatte noch das Sekretariat des ZK die laufenden Angelegenheiten des ZK unter Führung des Politbüros und des Ständigen Ausschusses erledigt (Art.37, Absatz 3).

Die Verfassungen von 1969 und 1973 führten hier eine Neuerung ein, insofern sie nämlich bestimmten (Art.9, Absatz 4), daß die "laufenden Arbeiten der Partei, der Regierung und der Armee unter der Leitung des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden und des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK... durch einige erforderliche vereinfachte und leistungsfähige Organe... auf zentralisierte Weise erledigt werden".

Zweck dieser Bestimmung war es, den Ständigen Ausschuss des Politbüros auf Kosten des ZK und des Politbüros zu stärken. Es dürfte sich hier um eine Art lex Lin Piao gehandelt haben!

Das Statut von 1956 hat diese Regelung fallengelassen und damit bekundet, daß die einseitige Stär-

kung des Ständigen Ausschusses wieder dem Prinzip einer kollektiveren Führung weichen sollte.

d) Zu den Unterschieden zwischen den einzelnen Statuten im Hinblick auf die Parteikontrolle (vgl.oben)

dd) Die lokalen und militärischen Parteiorganisationen

Auch hier wieder ein bemerkenswerter quantitativer Unterschied in den Regelungen von 1956 (fünf Artikel) und den Nachfolgestatuten, die sich mit einem einzigen Artikel begnügen!

a) Die Regionalkongresse

Alle vier Statuten stimmen darin überein, daß die Regionalkongresse auf den einzelnen Ebenen die höchsten führenden Organe der Parteiorganisationen im jeweiligen lokalen Bereich sind.

Unterschiede bestehen aber in der Frage der Tagungsfrequenzen. Das Statut von 1956 dekretiert noch eine Wahlzeit von drei Jahren und schreibt eine jährliche Tagung vor (Art.38, Absatz 1 und 3). In den Nachfolgestatuten dagegen ist die Dreijahresfrist nicht mehr bindend. Ebenso wenig besteht eine Bestimmung, daß die Kongresse jährlich zusammenkommen hätten. Dasselbe gilt für die Parteikongresse innerhalb der VBA (Art.10, Absatz 1/1969 und 1973, Art.17/1977).

Außerdem zählt das Statut von 1956 die Aufgaben der Kongresse noch einigermaßen konkret auf (Berichtsüberprüfung, politische Entscheidung über

Angelegenheiten auf lokaler Ebene, Wahl der Parteausschüsse für die jeweiligen Gebiete, Wahlen der Delegierten für den Nationalen Parteitag). Solche Bestimmungen fehlen in den Nachfolgestatuten! Auch hier ist man also großzügig von den "kleinlichen" Vorschriften abgewichen, wie sie im Zuge der Übernahme des sowjetischen Modells 1956 noch beachtet worden waren.

b) Die regionalen Ausschüsse

1956 werden hier noch präzise Regelungen getroffen: Während der tagungsfreien Periode der Kongresse fungieren die Regionalausschüsse als das jeweils oberste Führungsorgan für den betreffenden lokalen Bereich. In dieser Eigenschaft leiten sie alle Arbeiten lokalen Charakters (Art.40/II). Das Plenum des Ausschusses soll mindestens dreimal jährlich zusammentreten (Art.41/I).

In den Nachfolgestatuten finden sich keine entsprechenden Bestimmungen; Stellung und Aufgaben sind allerdings, wie die tägliche Praxis zeigt, dieselben; hinsichtlich der Tagungsdauer gilt auch hier weitaus größere Flexibilität!

Die Organe der Regionalausschüsse sind in allen vier Statuten die gleichen, nämlich Ständige Komitees, Sekretariate und stellvertretende Sekretäre.

Ein zumindest erwähnenswerter Unterschied zwischen den Statuten von 1956 einerseits und den Nachfolgestatuten andererseits besteht darin, daß im Zusammenhang mit den lokalen Organisationen die VBA mit ihren verschiedenen Rängen nicht erwähnt wird (sie tritt in der Satzung nur mit ihren zentralen Organisationen in Erscheinung (Art.35/1956)), während Art.10/1969 und 1973 bzw. Art.17/1977 darauf verweisen, daß für Parteitage und Parteikomitees von Regimentsebene aufwärts dieselben Regelungen gelten wie für die zivilen Parteiorganisationen auf Lokalebene.

Ob mit dieser ausführlichen Erwähnung der Armee ein erhöhter militärischer Stellenwert markiert werden soll, ist eine Frage, die zu beantworten

spekulativ wäre.

Bemerkenswerterweise finden sich im Statut von 1956 im Anschluß an die Regelungen über die Parteiorgane der Provinzen, autonomen Gebiete, regierungsunmittelbaren Städte und autonomen Bezirke noch weitere vier Artikel über die Parteiorgane der Kreise, autonomen Kreise und Städte. Hierbei handelt es sich weitgehend um Vorschriften, die ceteris paribus bereits im vorausgehenden Abschnitt niedergelegt waren. Um ständige Wiederholungen zu vermeiden, hat man diesen Abschnitt in den Nachfolgestatuten weggelassen.

ee) Grundorganisationen der Partei

Das Statut 1956 bringt hier fünf (Art.47-51), die Nachfolgestatuten dagegen nur je zwei Artikel.

Was die allgemeine Stellung und die Gliederung der Grundorganisationen anbelangt, so trifft das Statut 1956 präzise Regelungen, insofern es genaue Kriterien dafür gibt, wann Parteizellen, Hauptzellen und Komitees der Grundeinheiten einzurichten sind. Gemäß Art.48 wählt eine Grundeinheit mit über hundert Parteimitgliedern ein "Komitee der Grundeinheit", dem je nach Bedürfnis mehrere Hauptzellen untergeordnet sind, die sich ihrerseits wiederum in "Parteizellen" verästeln können. Parteiorganisationen mit 50 bis 100 Mitgliedern in einer konkreten Einheit haben eine "Hauptzelle" mit verschiedenen untergeordneten "Parteizellen" zu institutionalisieren. Umfaßt die betreffende Einheit nicht einmal 50 Mitglieder, so kann nur eine "Parteizelle" eingerichtet werden.

Der Einbau von Grundorganisationen in Fabriken, Bergwerke, Betriebe, Volkskommunen, Institutionen, Lehranstalten, Geschäfte, Wohnbezirke, Kompanien der Volksbefreiungsarmee und andere Grundeinheiten erfolgt nach dem bereits in Art.20 ausgesprochenen Grundsatz, daß die Parteiorganisationen nach dem territorialen und dem funktionalen Prinzip aufgebaut werden, wobei für die Grundeinheiten das Funktionalprinzip bestimmend ist.

Die Regelungen über die Grundorganisationen in den Nachfolgestatuten (Art.11/1969 und 1973 bzw. 18/1977) gehen ebenfalls vom Funktionalprinzip aus, legen allerdings keine zahlenmäßigen Abgrenzungen für die drei Grundorganisationen fest. Es besteht also auch hier ein weitgespannterer Spielraum für die verschiedene Ausgestaltung der Grundeinheiten. Wörtlich heißt es lediglich, daß "entsprechend und aufgrund der zahlenmäßigen Stärke der Parteimitglieder Parteizellen, Hauptzellen bzw. Komitees der Grundeinheiten eingerichtet werden".

Was die Organe der Grundorganisationen anbelangt, so sind nach dem Statut von 1956 (Art.49/IV, V) ein Sekretär und bis zu vier stellvertretende Sekretäre zu wählen. Notfalls kann sogar ein Ständiger Ausschuß errichtet werden.

Solche detaillierten Regelungen fehlen auch in den Nachfolgestatuten.

Auch im Zusammenhang mit den Tagungszeiträumen geht es - einem durchwegs gültigen Schema folgend - in den drei Nachfolgestatuten wieder wesentlich großzügiger zu als 1956, wo relativ kurze Wahl- und Tagungszeiten vorgeschrieben sind.

Bemerkenswert sind die Unterschiede und Akzente, wie sie von den vier Statuten im Zusammenhang mit den Aufgaben der Grundorganisationen gesetzt werden:

1956 werden die Propaganda-Organisations-, Erziehungs- und Überwachungsfunktionen der Grundorganisationen bis ins einzelne festgelegt (Art.50, 51).

Auch 1969 und 1973 wurde ein Aufgabenkatalog zusammengestellt, der allerdings nur fünf Punkte umfaßte und weit weniger enumerativ gestaltet war: Die Mao Tse-tung-Ideen sind zu studieren und die drei Arbeitsstile stets zu beachten. Weitere Grundsätze: Erziehung der Massen durch Klassenkampf; engste Verbindung mit den Massen; Aufgabe, die Politik der Partei zu propagieren; Reinheit der Partei durch ständigen Ausstoß des Alten und Aufnahme neuer Bewerber (Art.12).

Der sechsteilige Aufgabenkatalog von 1977 versucht eine Synthese sowohl der Statuten von 1956 als auch der von 1969/73: Die fünf Aufgaben von 1969/73 werden in Art.19, Ziffer 1, 2, 3, 4 und 6 übernommen, allerdings durch einige bezeichnende Zusätze ergänzt. In Art.19, Ziffer 1 nämlich heißt es, daß die Grundorganisationen die Parteimitglieder nicht nur zu gewissenhaftem Studium des Marxismus, des Lenismus und der Mao Tse-tung-Ideen anzuleiten haben, sondern daß ihnen darüberhinaus die Pflicht obliegt, "sie in der ideologischen und politischen Linie sowie in der guten Tradition zu erziehen und ihnen ein Grundwissen über die Partei zu vermitteln. Der Terminus "gute Tradition" spielt übrigens auch in der Ergänzungsrede Yeh Chien-yings eine wichtige Rolle. Wie im Zusammenhang mit anderen Äußerungen chinesischer Politiker deutlich wird, versteht man unter "guter Tradition" vor allem jene Tradition, wie sie bis 1956 geherrscht hat. Die übertriebene Hervorhebung der kulturrevolutionären Errungenschaften auf Kosten zeitlich früherer Erfolge, wie sie vor allem durch die "Viererbande" betrieben worden war, soll heute durch eine Rehabilitierung der vorkulturrevolutionären Verdienste korrigiert werden.

Bedeutsam in diesem Zusammenhang war die Diskussion um die sog. "neuen Dinge", die 1975 sogar Anlaß einer eigenen Kampagne waren. In einem Artikel der Kuangming-Tageszeitung vom 28.6.1977 hieß es, man dürfe die Jahre von der Gründung der Volksrepublik bis zum Beginn der Kulturrevolution nicht einfach negieren. Man müsse dieser Periode "ihr eigentliches Gesicht zurückgeben". Mit ihrer Geringschätzung für die 17 Jahre vor der Kulturrevolution habe die Viererbande ein "riesengroßes ideologisches Chaos geschaffen". Mit diesem und ähnlichen Artikeln beginnt eine grundsätzliche Neubewertung der volksrepublikanischen Geschichte von 1949 bis 1957. Was die "neuen Dinge" anbelangt, so wird heute in den verschiedensten Artikeln immer wieder betont, daß es auch vor der Kulturrevolution schon solche Phänomene gegeben habe: die Landreformbewegung, die Vergenossenschaftlichung der Landwirtschaft, die Ehereform, die Drei- und die Fünf-Anti-Bewegung: seien dies etwa keine "neuen Dinge" gewesen?

Abgesehen davon sollte man sich immer wieder vor Augen halten, daß Teng Hsiao-p'ing neben Liu Shao-ch'i 1956 "seinen" Parteitag hatte. Mit der Bewegung der "Drei Banner" und mit den sich anschließenden innerparteilichen Auseinandersetzungen um den richtigen Weg Chinas zum Sozialismus hatte der Abstieg der Liu-Partei, zu deren hervorragendsten Vertretern Teng ja gehörte, bereits begonnen. Ihren Tiefpunkt erlebte diese Fraktion dann während der Kulturrevolution. Kein Wunder, daß Teng Neigungen zeigt, sich gerne an den VIII. Parteitag zurückzuerinnern. Auch die Politik, die heute wieder betrieben wird (Zulassung materieller Anreize in Form einer neuen Lohnerhöhung, Rückkehr zu einer pragmatischeren Politik auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Industrie, der Wissenschaft und

des Militärs sowie die systematische Rückberufung alter bewährter Kader, die während der Kulturrevolution politisch eliminiert worden waren), all dies sind zusammengenommen Maßnahmen, die die Hypothese von einer Renaissance der politischen Linie des Jahres 1956 nahelegen. Ist es im übrigen ein Zufall, daß die neue Führung ausgerechnet eine Rede Maos aus dem Jahre 1956 - also einem Dokument, das zwanzig Jahre vor seinem Tode entstanden war - zurückgriff, nämlich auf die "Rede von den zehn Beziehungen", in der eine Lanze für pragmatisches Vorgehen gebrochen worden war?

Kurz, die "gute Tradition", von der in den Aufsätzen Pekings in den letzten Monaten, vor allem aber in Art.19, Ziffer 1 der neuen Verfassung gesprochen wird, ist nichts anderes als die Tradition der mittelfünfziger Jahre, die kontrapunktisch zur "Tradition der Kulturrevolution" verläuft.

In Art.19, Ziffer 5 ist davon die Rede, daß es zu den Hauptaufgaben der Grundorganisationen gehöre, die "innerparteiliche Demokratie zu fördern, Kritik und Selbstkritik zu üben, die Mängel und Fehler in der Arbeit aufzudecken und zu überwinden und gegen die Verletzung von Gesetzen und Disziplin, gegen Unterschlagung und Verschwendung, gegen Bürokratismus und alle anderen ungesunden Tendenzen zu kämpfen". Eine solche Formulierung hatte es in den Statuten von 1969 und 1973 nicht gegeben. Der Satz ist jedoch eine fast wörtliche Übernahme von Art.50, Ziffer 7/Statut 1956. Auch die Betonung der Disziplin paßt gut in den neuen Satzungs-kontext.

II. Zusammenfassung der Erkenntnisse aus Kapitel I und Prüfung des Verhältnisses des 1977er Statuts zu den Vorgängersatzungen von 1956, 1969 und 1973

1. Verhältnis zu den Statuten von 1969 und 1973:

Das Statut von 1973 unterscheidet sich von dem des Jahres 1969 lediglich dadurch, daß die Apotheose-Abschnitte auf Mao Tse-tung und Lin Piao weggelassen und gleichzeitig sechs Neuerungen eingeführt wurden, nämlich

- ein Abschnitt über die "große proletarische Kulturrevolution"
- die Einfügung der "Drei Ja und drei Nein"-Formulierung
- die Aufforderung, "Gegen die Strömung anzukämpfen"
- die Formulierung, daß "Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats heranzubilden" seien
- die Betonung des "traditionellen Arbeitsstils der Partei" und
- die Forderung, "gegen den Großmachtchauvinismus" aufzutreten.

Außerdem wurden im Einleitungssatz des Art.11 noch einige, nicht weiter ins Gewicht fallende formelle Korrekturen angebracht.

Angesichts dieser - zumindest äußerlich - gering erscheinenden Unterschiede zwischen den Statuten von 1969 und 1973 lohnt es sich nicht, einen eigenen Vergleich über das Verhältnis der Satzungen von 1977 und 1969 anzustellen. Vielmehr genügt der Vergleich zwischen 1973 und 1977.

Wie oben ausgeführt, wurde in der Satzung des XI.Parteitags nicht eine einzige der sechs Neuformulierungen des X.Parteitags unterschlagen. Allerdings gingen die Wang Hung-wen-Formulierungen von damals nicht unverändert in das neue Statut ein, da sie jeweils in einen neuen Kontext hineingepackt wurden. Überall sind nun Gegengewichte eingelagert: Den Errungenschaften der Großen proletarischen Kultur-

revolution gegenüber werden die "guten Traditionen" der Jahre 1956 ff. betont; die "Drei Ja-drei Nein-Politik wird mit der "Kampf gegen die Strömung"-Formel dergestalt verbunden, daß unter der - jetzt negativ verstandenen - "Strömung" nur solches Verhalten verstanden wird, das gegen die "Drei Ja-drei Nein"-Prinzipien verstößt. Der Parteikader des Jahres 1977 soll nicht mehr gegen das Partei-Establishment, sondern vielmehr gegen dessen Widersacher ankämpfen, vor allem gegen jeden Disziplinsünder. Auch die Forderung, daß "Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats" erzogen werden sollen sowie das Postulat, die drei "Arbeitsstile" einzuhalten, werden übernommen, allerdings in engstem Zusammenhang mit dem Aufruf zur Disziplin - einem Appell, der in Form der neu wiedereingeführten "Disziplin-Kontrollkommissionen" gleich fest institutionalisiert werden soll. Ohne Kontrapunkt wurde lediglich die Formulierung vom notwendigen "Auftreten gegen den Großmachtchauvinismus" übernommen. Diese einschränkungslose Übernahme zeigt zugleich, wie unumstritten der grundlegende außenpolitische Kurs selbst zwischen den sonst hart aufeinanderprallenden Fraktionen war/ist.

Man könnte auf den ersten Blick meinen, daß diese Unterschiede zur Verfassung von 1973 letztlich doch so minimal sind, daß von einer weitgehenden Identität beider Statuten die Rede sein kann. Nichts freilich wäre falscher als ein solcher voreiliger Schluß; viel näher nämlich als dem Statut von 1973 steht die neue Satzung dem Statut von 1956.

2. Vergleich zwischen den Statuten von 1977 und 1956:

a) Äußerliche Ähnlichkeiten

Schon in der Präambel fällt auf, daß beide Statuten nachdrücklich den Kampf "gegen den Revisionismus, gegen den Dogmatismus und den Empirismus" betonen, daß sie ferner im Rahmen der Wirtschaftspolitik wesentlich sachbezogener Forderungen aufstellen als die Satzungen von 1969 und 1973 und daß sie häufig das Wort "Disziplin" erwähnen.

Beide Satzungen regeln das Partei-Aufnahmeverfahren wesentlich ausführlicher und umreißen auch die Beendigungsgründe schärfer, als es in den beiden "revolutionär" verfaßten Satzungen von 1969 und 1973 der Fall ist.

Im Bereich der allgemeinen Organisationsprinzipien kommt die strikte Gebundenheit an Beschlüsse der Partei, also der Disziplingedanke und die Forderung nach strenger Kontrolle der Parteimitglieder zum Ausdruck. 1956 und 1977 ist auch gleichermaßen vom Wahlgeheimnis die Rede; bei den Einteilungsprinzipien fällt auf, daß die alten Großgliederungen der sechs Regionalbüros, wie sie bis zur Kulturrevolution üblich waren, wieder eingeführt werden, wenngleich dies im Wortlaut der Satzung 1977 nicht ausdrücklich erwähnt wird.

Auch im Zusammenhang mit den Grundorganisationen tritt die Forderung nach Disziplin sowie nach stärkerer Kritik und Selbstkritik wie schon 1956 in den Vordergrund. Eine enge Verknötung der Jahre 1977 und 1956 erfolgt auch durch die Forderung nach Wiederbelebung der "guten Traditionen", die an den VIII.Parteitag anknüpfen.

b) Innere Ähnlichkeiten

Obwohl das Statut von 1977 in einigen Einzelheiten, vor allem was Tagungszeiträume und Gliederungsprinzipien bei den Grundorganisationen anbelangt, wesentlich "offener" und großzügiger als die Satzung von 1956 ist, schließt es sich doch seinem Geiste nach eng

an das Modell von 1956 an. Durch die Satzungen von 1969 und 1973 war der Ständige Ausschuß auf Kosten der anderen Organe gestärkt worden. Anstelle der alten Machtbalance zwischen Sekretariat, ZK, Regionalbüros und Politbüro war die Machtkonzentration getreten. Durch die Wiedereinführung der Regionalbüros sowie der Kontrollausschüsse, durch die Vermehrung der Posten eines stellvertretenden Parteivorsitzenden und durch die de facto gegebene, persönlich schwächere Besetzung des Postens des "Vorsitzenden" ist die alte Machtbalance, wie sie noch 1956 angestrebt worden war, wieder einigermaßen hergestellt. Zentralismus und Disziplin erhalten Vorrang vor der Demokratie sowie dem "Schwimmen gegen die herrschende Strömung". Anstelle der einzigartigen Position, die Mao und - beim IX. Parteitag auch Lin Piao - eingenommen hatten, ist inzwischen wieder eine kollektivere Struktur getreten.

c) Neben den inhaltlichen Ähnlichkeiten sollten aber vor allem die wörtlichen Formulierungen, die aus dem Jahre 1956 wieder übernommen wurden, besonders ins Auge fallen. Solche Formulierungen sind nicht zufällig in das neue Statut eingeflossen; angesichts der Plastizität der chinesischen Sprache fällt ihr Wiederauftauchen vielmehr jedem auch nur halbwegs aufmerksamen Leser ins Auge. Die Rückkehr zum "Geist von 1956" ist m.a.W. unübersehbar. Es ist darüberhinaus gewiß kein Zufall, daß ausgerechnet auch ein Werk von Mao aus dem Jahre 1956, nämlich die Rede über die "zehn Beziehungen", zu einem der Schlüsseldokumente für das Verständnis des heutigen China geworden ist.

So sehr ähneln die Statuten von 1956 und 1977 einander, daß es wohl auch zulässig sein muß, "Gesetzeslücken", die in der Satzung von 1977 bestehen, durch Rückgriff auf die ausführlicheren Regelungen des Jahres 1956 zu ergänzen.

### 3. Vergleich zwischen den Statuten von 1969 und 1956

Vielleicht am deutlichsten wird die Abkehr des neuen Statuts von der Kulturrevolution, wenn man einmal das Selbstverständnis der Statuten-Geber des Jahres 1969 ins Auge faßt, wie es von den "Rebellenstudenten und Arbeitern von Shanghai" am 2. Februar 1968 anlässlich eines umfangreichen Meinungsaustausches veröffentlicht wurde, und wie es dann - ganz im kulturrevolutionären Sinne - in das Statut von 1969 einging (13).

Neun "kulturrevolutionäre Änderungsvorschläge" wurden damals eingebracht, die das neue Statut in einen fast antipodenhaften Gegensatz zum "alten Statut" von 1956 setzen sollten.

- a) Zum Zulassungsverfahren:  
Die alte Satzung hatte "jedem werktätigen chinesischen Bürger" den Zugang zur Partei eröffnet. Die neue Satzung dürfe nur "fortgeschrittenen Elementen des Proletariats" grünes Licht geben.
- b) Leitprinzipien:  
Die alte Satzung habe die Mao Tse-tung-Ideen nicht erwähnt. Dies müsse in der neuen Satzung nachgeholt werden.
- c) Zu den Parteaufgaben:  
Das alte Statut habe auf die Forderung nach einer Revolution an der ideologischen Front verzichtet. Dies müsse in der neuen Satzung unter Hinweis auf die "Hochhaltung der Fahne der Mao Tse-tung-Ideen", auf stärkere Betonung der Diktatur des Proletariats auf die drei

Hauptbewegungen (Klassenkampf, Produktionskampf, wissenschaftliches Experiment) usw. nachgeholt werden.

- d) Im Bereich der Außenpolitik müsse, im Gegensatz zum alten Statut die Autarkie, die resolute Unterstützung aller unterdrückten Völker und die Vereinigung mit ihnen sowie der Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen den US-Imperialismus etc. etc. stärker herausgehoben werden.
- e) Zum Nationalitätenprinzip:  
Die alte Satzung habe nur die Entwicklung der Völker nach ihren Eigenarten, nicht aber nach politischen Gesichtspunkten betont. Die neue Satzung müsse demgegenüber die Nationalitätenfrage als ein Problem des Klassenkampfes betonen und die Einheit aller Nationen auf der Basis der Mao Tse-tung-Ideen fordern.
- f) Zur Einheitsfront:  
In der alten Satzung sei nur von Vereinigung aller vereinigungsfähigen Kräfte, nicht dagegen von Kampf die Rede. Dies müsse geändert werden. "Einheit - Kampf - Einheit" sowie der Widerstand gegen den "Klassenkapitalismus" müssten hervorgehoben werden.
- g) Zur Massenlinie:  
Im alten Statut sei die Massenlinie nur zu einem Werkzeug, nicht dagegen zur fundamentalen Sozialstrategie und zu einem primären Ausdruck der Weltanschauung erhoben worden. Im neuen Statut müsse die fundamentale Bedeutung der Massenlinie hervorgehoben und eine Lanze für ihre Verwirklichung durch Großdebatten, Wandzeitungen etc. gebrochen werden.
- h) Zum Thema demokratischer Zentralismus:  
Die alte Satzung sei letztlich auf blinden Gehorsam hinausgelaufen und habe den einzelnen Parteigenossen eine Art Sklavenmentalität abverlangt. Das neue Statut dagegen müsse klarstellen, daß auch eine Mehrheitsentscheidung der Partei nicht unbedingt hingenommen werden muß, wenn sie z.B. im revisionistischen Sinne ausgefallen ist.
- i) Zum Thema innerparteilicher Kampf:  
Die alte Satzung habe den Partiefrieden betont und sich gegen den innerparteilichen Kampf ausgesprochen. Zumindest sei diese kampfeindliche Einstellung zwischen den Zeilen der Satzung zu lesen gewesen. Das neue Statut müsse deshalb dem Kampf besonderen Vorrang einräumen.

Deutlich wird mit diesen Forderungen auf die "Sechs schwarzen Theorien" des "chinesischen Chruschtschow", also Liu Shao-ch'is, hingewiesen, nämlich auf die "Theorie vom Absterben des Klassenkampfes" nach Eintritt in die sozialistische Epoche.

- Die "Theorie von den gefügigen Werkzeugen", die ja davon ausgeht, daß vor Beschlußfassung innerhalb der Partei freie Diskussion möglich sei, daß aber ein einmal gefaßter Beschluß von den Parteimitgliedern auf Biegen und Brechen ausgeführt werden müsse.
- Die "Theorie von der Rückständigkeit der Massen", die gegenüber der offenen Austragung durch Konflikt unter Benutzung von Wandzeitungen, groß angelegten Kritikversammlungen usw. eine Haltung der repressiven Toleranz bezieht.
- Die "Theorie vom Eintritt in die Partei zwecks

Beamtenlaufbahn", die "jedem Chinesen" und nicht etwa "jedem fortgeschrittenen Element des Proletariats" Chancen einräumen will.

- Die "Theorie vom innerparteilichen Frieden", die Auseinandersetzungen nur im Bereich grundsätzlicher Fragen zulassen will, während Kleinigkeiten durch raschen Konsens gelöst werden sollen.
- Die "Theorie von der Übereinstimmung des kollektiven mit dem persönlichen Interesse", die zuläßt, daß die Motivation des einzelnen Parteimitglieds nicht unbedingt kollektiv orientiert sein müsse, wenn der Betreffende nur das Ergebnis seiner Aktionen massenkonform gestalte (14).

Wenn auch nicht alle Wünsche, die bei diesen Statuten in die Vorbereitungsdiskussion eingebracht wurden, später ihren Niederschlag fanden, so zeigen sie doch, wes Geistes Kind die Satzung von 1969 ist.

Zugleich wird deutlich, daß jener Personenkreis, der zu den Schöpfern des Statuts von 1956 gehörte - und hierzu rechnete Liu Shao-ch'i in ganz besonderem Maße Teng Hsiao-p'ing - versuchen muß, die damaligen Attacken zu unterlaufen, und sei es auch dadurch, daß man zwar Formulierungen des Jahres 1969 übernimmt, daß man sie aber gleichzeitig in einen Kontext einbettet, der den kulturrevolutionären Forderungen die Schärfe nimmt.

III. Keine Erwähnungen der "Demokratischen Parteien"

Parteien sind ein Produkt der Geschichte. Sie unterliegen daher den Gesetzen des Entstehens und des Verfalls. Dies ist nicht nur bei den sogenannten "demokratischen Parteien" so, sondern auch bei der KP. Mao Tse-tung: "Ich halte es für wirklich gut, wenn wir die Kommunistische Partei und die Diktatur des Proletariats eines Tages nicht mehr brauchen. Unsere Aufgabe ist, ihr Verschwinden zu beschleunigen" (15).

Diesem historischen Ansatz entsprechend hat die VR China, ganz im Gegensatz zur Sowjetunion, die "demokratischen Parteien" auch nach Ausrufung der Volksrepublik weiter bestehen lassen.

Gemäß dem chinesischen Etappenschema, das auf die Epoche des Feudalismus mit dem Jahre 1919 (4.Mai-Bewegung) die neu-demokratische Periode folgen läßt, die dann wiederum mit der Vollendung der drei großen sozialistischen Umwandlungen (Industrie, Handel, Landwirtschaft) im Jahre 1956 in die sozialistische Epoche überleitet, hatten die demokratischen Parteien zumindest bis zum Ende der neudemokratischen Epoche volle Existenzberechtigung. Die Form der "Neudemokratischen Revolution" ist ja gerade dadurch geprägt, daß sie eine Diktatur von vier Klassen (Arbeiter, Bauern, Kleinbourgeoisie und nationale Bourgeoisie) gegen die Volksfeinde bildet.

Die acht "Demokratischen Parteien" waren nun gerade solche Formationen, die vor allem die Kleinbourgeoisie und die nationale Bourgeoisie repräsentierten.

Das eigentliche staatliche Organ, das als eine Art Klammer über diesen Parteien stand und durch das die neudemokratische Klassengesellschaft repräsentiert wurde, war die 1949 gegründete "Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes", in deren Namen am 1. Oktober 1949 auch die Volksrepublik ausgerufen wurde und das erste Grundgesetz ("Allg. Programm" vom 29.9.1949) erlassen wurde. Nach Artikel 1 des Organisationsstatuts der Konsultativkonferenz ist diese Konferenz die "Organisation

der demokratischen Einheitsfront und des gesamten chinesischen Volkes. Sie hat das Ziel, durch die Zusammenfassung aller demokratischen Parteien und Volksvereinigungen alle demokratischen Klassen und alle Nationalitäten in ganz China zu vereinigen, mit gemeinsamen Kräften die neue Demokratie zu verwirklichen, sich dem Imperialismus, dem Feudalismus und dem bürokratischen Kapitalismus entgegenzustellen, das reaktionäre Regime der Kuomintang zu stürzen, die offenen oder verborgenen restlichen Kräfte der Gegenrevolution zu beseitigen, die Wunden des Krieges zu heilen, die Unternehmen des Volkes auf den Gebieten der Wirtschaft, Kultur und Erziehung wiederherzustellen und zu entwickeln, die nationale Verteidigung zu festigen und uns mit den Nationen und Staaten der Welt, die uns als gleichberechtigt behandeln, zu vereinen, um so eine unabhängige demokratische Volksrepublik, die von der Arbeiterklasse geführt wird, auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht und eine volksdemokratische Diktatur ist, zu errichten und zu kräftigen".

Die Konsultativkonferenz bestand aus drei Organen, nämlich der Vollversammlung, dem Nationalkomitee, eine Art ständigem Ausschuß, und den Nationalkomitees. Hauptaufgabe der Konsultativkonferenz waren die Gesetzgebung sowie die Ernennung der obersten Staatsorgane. Mitglieder der Konsultativkonferenz konnten sowohl demokratische Parteien als auch Einzelpersonen sein (Art.2 des Organisationsstatuts).

Neben der Konsultativkonferenz bestanden als ausführende Organe der Zentrale Volksregierungsrat und der Administrative Staatsrat.

Die Konsultativkonferenz wurde durch den Nationalen Volkskongreß, der aufgrund der Verfassung von 1954 entstand, aus ihren Funktionen verdrängt. Gleichwohl hörte sie nicht zu existieren auf, sondern bestand, wie es Mao ja auch in seiner Rede von den Zehn Beziehungen fordert, weiter, und zwar als institutioneller Ausdruck der Vereinten Front mit nichtkommunistischen Gruppen.

Aufgrund der Bestimmungen über die Konsultativkonferenz vom Dezember 1954 hatte die Konsultativkonferenz von nun an als Nichtregierungsorgan folgende Aufgaben:

- 1) In Zusammenarbeit mit der Regierung die sozialen Probleme zu lösen, welche zwischen den verschiedenen Klassen entstehen;
- 2) in enger Verbindung mit dem Volk zu bleiben und seine Meinungen und Vorschläge den Regierungsbehörden zu überbringen;
- 3) im Wege von Konsultationen alle Probleme zu lösen, die die Zusammenarbeit zwischen der Konsultativkonferenz und ihren verschiedenen Parteien, Gruppen und Organisationen entstehen;
- 4) Vorschläge für die Ernennung von Kandidaten zum Nationalen Volkskongreß und zu den lokalen Kongressen sowie zu den politischen Konsultativkonferenzen auf allen Ebenen zu machen;
- 5) Veranstaltungen für ihre Mitglieder zum Studium des Marxismus-Leninismus und zur Änderung des eigenen Denkens durchzuführen, und
- 6) außenpolitische Meinungen zu äußern.

Das Verhältnis zwischen der KP und den demokratischen Parteien wurde innerhalb der Partei der Abteilung für vereinte Frontarbeit übertragen.

Obwohl die einzelnen Mitgliedsparteien der Konsultativkonferenz das "Allgemeine Programm" von 1949, also die "vorkonstitutionelle Verfassung" unterschrieben hatten, wurden sie nach wie vor als

kleinbürgerliche oder aber national-bourgeoise Gruppierungen angesehen. Vor allem bei der "Kampagne gegen die Rechtsabweichler" von 1957 und bei der Kulturrevolution (1966-1969) kamen die Demokratischen Parteien unter schweren Beschuß.

Gleichwohl hat die Konsultativkonferenz alle Stürme überlebt und existierte auch im Jahre 1977 noch fort, obwohl sie in der Verfassung vom Januar 1975 mit keinem Wort mehr erwähnt war.

Gerade die neue Führung unter Hua Kuo-feng, die im Oktober 1976 an die Macht kam, versuchte aber bei ihrem Bemühen um nationale Stabilität und Einheit, auch die Konsultativkonferenz als eines von mehreren Integrationsinstrumentarien einzusetzen (16).

Ein wichtiger Stellenwert kommt der Konsultativkonferenz auch im Kontakt mit Auslandschinesen sowie bei der Diskussion um die Zukunft Taiwans zu.

Die demokratischen Parteien sind zwischen zwei ideologische Pole eingespannt: Einerseits sind sie Ausdruck einer auch im sozialistischen Stadium noch weiter bestehenden Klassengesellschaft und müssen deshalb logischerweise fortexistieren; andererseits geraten sie - in Zeiten "kulturrevolutionärer" Kampagnen - immer wieder in Gefahr, zum Objekt des Klassenkampfes zu werden. Mao drückt dies so aus, daß den demokratischen Parteien gegenüber eine Politik zu verfolgen sei, die sowohl von der Einheit als auch vom "Kampf" bestimmt ist. Letztes Ziel dieser Doppelpolitik ist es, die Aufhebung der Klassen überhaupt zu erreichen.

#### Anmerkungen:

- 1) PRu 1977, Nr.36, S.28
- 2) Yeh, a.a.O., S.29
- 3) Yeh, a.a.O., S.33 f.
- 4) PRu 1973, Nr.35/36, S.6
- 5) PRu 1977, Nr.35, S.7
- 6) PRu 1973, Nr.35/36, S.18
- 7) PRu 1977, Nr.35, S.5 f.
- 8) So Wolfgang Bartke in: "Versuch einer Analyse der chinesischen Führungsstruktur nach dem Sturz der Vierergruppe", C.a. Mai 1977, S.281
- 9) PRu 1973, Nr.35/36, S.6
- 10) Ebenda, S.6
- 11) PRu 1977, Nr.22, S.17
- 12) Die einschlägige Stelle befindet sich übersetzt in PRu 1977, Nr.39, S.15
- 13) Nach der in Kanton erscheinenden "Wen-kuo feng-yün", wörtlich "Kulturelle Winde und Wolken", engl. in SCMP, Nr.4151, S.1-5
- 14) Näheres zu diesem Komplex mit Nachweisen bei: Oskar Weggel, "Die Alternative China", Hamburg 1973, S.54 ff.
- 15) PRu 1977, Nr.1, S.20
- 16) vgl. NCNA, 10.2.77 und SWB, 8.2.77

Manfred Pohl, Hrsg.  
Joachim Glaubitz  
Werner Handke

#### Japan 1976/77

Politik  
und  
Wirtschaft

Eine Publikation  
des  
Instituts für  
Asienkunde  
Hamburg, 1977

264 Seiten

Mit dieser Publikation wird erstmals im deutschsprachigen Raum der Versuch unternommen, den Zeitraum eines zurückliegenden Jahres bis nahe an den Zeitpunkt des Erscheinens zusammenfassend darzustellen. Über die Wiedergabe bloßer Fakten hinaus will "Japan 1976/77" mit interpretatorischen Beiträgen zum Verständnis von neuesten Ereignissen und jüngsten Entwicklungen beitragen. Entsprechend der Bedeutung, welche diese Probleme inzwischen im allgemeinen Bewußtsein erlangt haben, konzentriert sich "Japan 1976/77" auf die Bereiche Innenpolitik, Außenpolitik und Wirtschaft.

Die Autoren sind durch Forschungen auf ihren Fachgebieten als Japankenner ausgewiesen: Der Herausgeber, Dr. Manfred Pohl, bearbeitet am Institut für Asienkunde Hamburg schwerpunktmäßig den Bereich der japanischen Innenpolitik, Dr. habil. Joachim Glaubitz (Stiftung Wissenschaft und Politik, München) ist Fachmann für japanische Außenpolitik, und Dr. Werner Handke befaßt sich an der Deutschen Botschaft in Tokyo speziell mit Wirtschaftsproblemen Japans.